



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Berlin aktuell

Berlin aktuell Nr. 32 / 07.11.2014

Liebe Leserinnen und Leser,

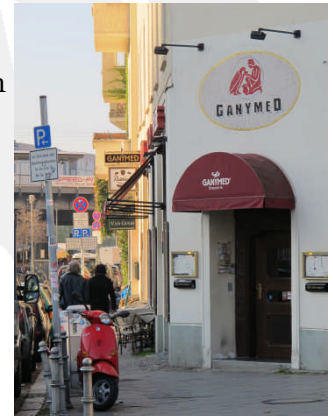
der Fall der Berliner Mauer ist für mich untrennbar mit einem Restaurant verbunden, das bis heute am Schiffbauerdamm in Berlin Mitte steht: Das Ganymed. Als Schülerin besuchte ich diesen Ort Anfang der 1980er Jahre zum ersten Mal. Es war am 1. Mai und ich war auf Klassenfahrt in der Viersektorenstadt. Beim Grenzübertritt in die DDR an der Friedrichstraße waren auch wir Schüler dazu verpflichtet, einen Teil unseres Geldes in Ostmark umzutauschen. Gemeinsam mit meiner besten Schulfreundin suchte ich am "Tag der Republik" eine sinnvolle Möglichkeit, den Zwangsumtausch vollständig auszugeben. Da Feiertag war, entschieden wir uns etwas Ordentliches zu essen und unsere Wahl fiel auf das kleine, aber für seine Küche bekannte Restaurant Ganymed unweit des Berliner Ensembles.

Was ich damals nicht ahnen konnte: Bei meinem nächsten Besuch würde ich dort mit DM bezahlen können und wäre dann Abgeordnete des Deutschen Bundestags in einem wiedervereinigten Deutschland. Als Schülerin war für mich damals nicht vorstellbar, dass Berlin wieder einmal vereinigt und unser aller Hauptstadt sein würde. Daher ist das Ganymed mein ganz persönlicher Ort, der für den Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung steht. Es befindet sich auf halber Strecke zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundestag und ist bis heute ein Ort, an den ich gerne zurückkehre.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende mit Ihren Erinnerungen und Erlebnissen vom 09. November 1989.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Widmann-Mauz



Annette Widmann-Mauz MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/ 227 -77217
Telefax: 030/ 227-76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de
www.facebook.com/widmann-mauz





Aktuelles

25 Jahre Mauerfall

Der Fall der Mauer vor 25 Jahren gehört zu den Glücksmomenten der deutschen Geschichte. Kein anderes Ereignis der jüngsten deutschen Geschichte hat solchen Jubel und solche Emotionen ausgelöst und zu Umarmungen einander unbekannter Menschen allein aus dem Gefühl wiedergewonnener Freiheit geführt. Alle, die den 9. November miterlebten, wussten bereits damals, dass sie davon noch ihren Kindern und Enkeln erzählen würden. Es war einer der seltenen Tage, an denen jedem, der ihn miterlebte, klar war: Danach wird nichts mehr sein wie zuvor.

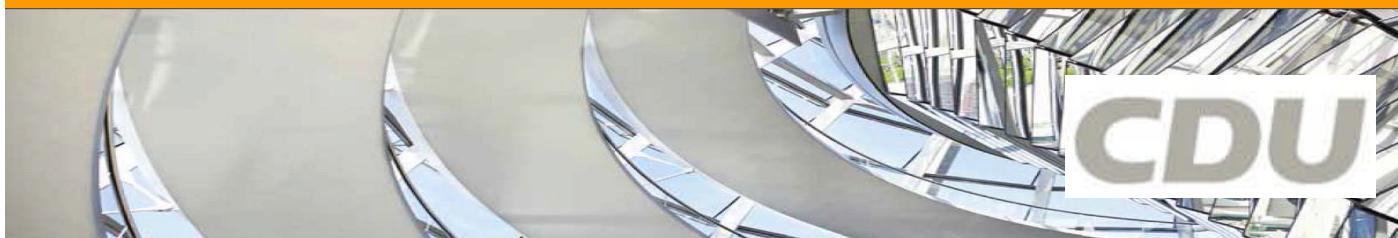
Der Fall der Mauer ist zum Symbol für die Kraft des Freiheitswillens und für das Scheitern eines unmenschlichen Regimes geworden. Jahrzehntlang getrennte Familien und Freunde konnten sich endlich wieder in die Arme schließen. Der 9. November 1989 steht für den Mut und den Einsatz der Menschen in der damaligen DDR, die mit ihren wochenlangen friedlichen Protesten den Weg hin zur Maueröffnung geebnet und das SED-Regime zu Fall gebracht haben. Mit dem 9. November 1989 wurde das Tor zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur europäischen Einigung aufgestoßen.

Die CDU Deutschlands erinnert sich voller Dankbarkeit an die Geschehnisse vor 25 Jahren. Die CDU war die Partei der Bundesrepublik, die das Ziel der staatlichen Einheit in den Jahren der Teilung nie aufgegeben und den Auftrag zur staatlichen Einheit ernst genommen hat. Mit ihrem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl hat sie die

historische Chance der friedlichen Revolution und des Mauerfalls erkannt und entscheidend dazu beigetragen, dass die Menschen der DDR selbst über die Zukunft ihres Landes entscheiden konnten und schließlich die deutsche Einheit erreicht wurde.

Gerade im Jubiläumsjahr des Mauerfalls sollten wir uns darauf besinnen, welche große Bedeutung einer angemessenen Erinnerungskultur in unserem Land zukommt. Die friedliche Revolution und die deutsche Einheit sind entscheidende Teile unserer nationalen Identität. Diese gilt es auch den Menschen zu vermitteln, die die Ereignisse damals nicht selbst erlebt haben, weil sie noch nicht geboren waren, oder weil sie erst danach zu uns gekommen sind und Deutschland zu ihrer neuen Heimat gemacht haben.

Als Symbole für die Hoffnung auf eine Welt ohne Mauern werden im Rahmen des Projekts Lichtgrenze am Abend des 9. November entlang des ehemaligen Mauerverlaufs zeitgleich weißleuchtende Ballons in den Himmel steigen.





Aktuelles

Schäuble gibt Regierungserklärung ab: Strafbefreiende Selbstanzeige wird erschwert

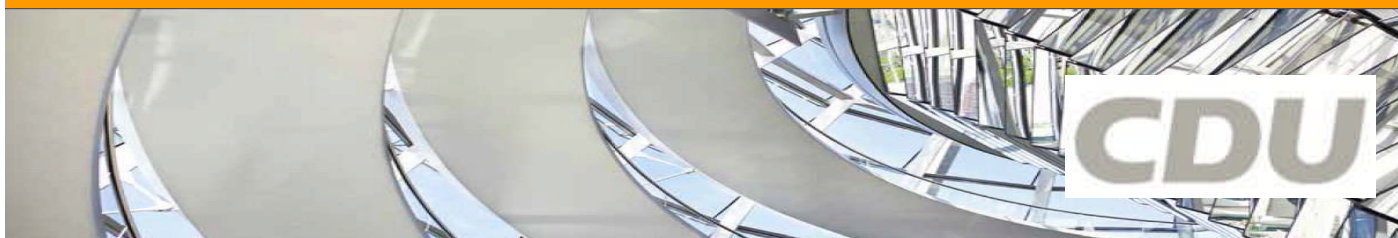
Steuerhinterziehung und Steuerflucht sollen weiter erschwert werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung ein Gesetz, mit der die Grenze, bis zu der eine Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro gesenkt wird. Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Es kann nicht sein, dass sich Wenige auf Kosten Vieler bereichern.“ Dies gelte für Staaten wie Unternehmen, für Kleine wie Große. Schäuble würdigte damit auch das Abkommen zur Bekämpfung der Steuerflucht, das 51 Länder in der vergangenen Woche geschlossen hatten. Der vereinbarte automatische Informationsaustausch sieht vor, dass Steuerbehörden in Deutschland und den anderen Vertragsstaaten ab 2017 Kontodaten von ausländischen Anlegern bei Banken zur Verfügung haben. So könnten Geldströme ins Ausland besser kontrolliert und Steuerflucht weiter eingedämmt werden, sagte der Finanzminister.

Wer bedenke, wie schwierig bereits die Verhandlungen zur EU-Zinsrichtlinie in den letzten 15 Jahren gewesen seien, der wisse um die Tragweite des jetzt geschlossenen Abkommens. Dennoch „bleibt noch viel zu tun“, betonte der Finanzminister mit Blick auf komplizierte Finanzkonstruktionen in anderen EU-Ländern, die Konzerne geradezu dazu ermutigen, ihre Steuerpflicht in dem Land, in dem sie ansässig sind, zu umgehen. Dass grenzüberschreitend tätige Firmen immer häufiger die Steuerkonkurrenz unter Ländern ausnutzen, um weni-

ger Steuern dort zu zahlen, wo sie ihren Gewinn erwirtschaftet haben, ist ein Thema, das die Finanzminister der EU und der OECD als nächstes angehen wollen.

Zur verschärften Regelung für die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung sagte Schäuble, dies sei eine Sache von „Fairness und Gerechtigkeit in unserem Land“. Er wies darauf hin, dass ein hoher sozialer Standard nur dann gewährleistet werden könne, wenn konstant Steuermittel an die öffentlichen Haushalte fließen. Daher dürfe sich niemand „auf Kosten der Allgemeinheit der Steuerpflicht entziehen“.

(Foto: CDU/Christian Lang)





Aktuelles

Organisierte Sterbehilfe verbieten

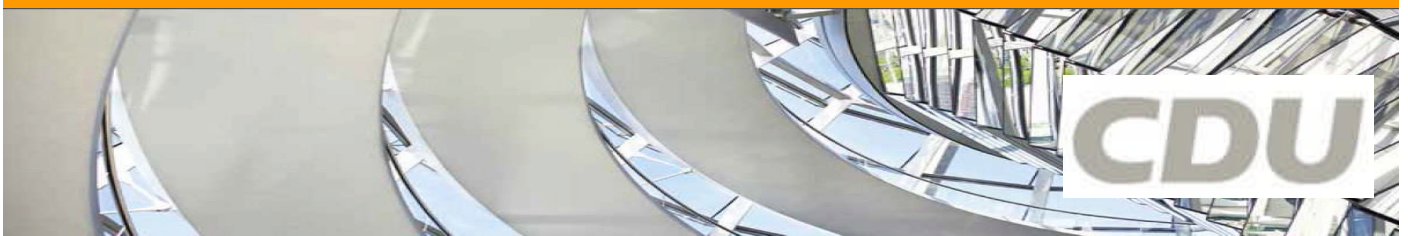
Kaum eine Frage bewegt die Menschen mehr als die nach dem Ende des Lebens. Die Diskussion über ein Sterben in Würde wird auf vielen gesellschaftlichen Ebenen geführt, nicht zuletzt von der Politik. Dabei geht es auch um Sterbehilfe, die von dubiosen Vereinen angeboten wird. Die CDU/CSU-Fraktion hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen Anlauf unternommen, das Geschäft mit dem Tod zu verbieten. Nun hat die Union das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Der Bundestag wird in der kommenden Woche eine mehrstündige Orientierungsdebatte dazu führen.

In Deutschland ist der Selbstmord straflos. Deshalb gilt dies auch für die Beihilfe zum Suizid. Verboten ist jedoch die aktive Sterbehilfe. Sterbehilfevereine, die es erst seit einigen Jahren gibt, nutzen eine rechtliche Lücke. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion sind sich weitgehend einig, dass sie die organisierte Sterbehilfe verbieten wollen. Niemand soll mit dem Leid und der Verzweiflung von Menschen sein Geld verdienen können. Die Würde des Menschen bleibt unantastbar – vom Beginn bis zum Ende des Lebens. In der letzten Phase des Lebens ist der Schutz der Menschenwürde besonders bedeutsam, weil Schwäche, Leid und Ausweglosigkeit von skrupellosen Geschäftemachern leicht ausgenutzt werden können.

Nach Ansicht der Unionsfraktion dürfen keine Türen geöffnet werden, durch die schwache oder verzweifelte Menschen gehen würden oder durch die sie gar gedrängt werden könnten – etwa weil sie das Gefühl haben, der Gesellschaft, den Angehörigen zur Last zu fallen. Diese Auffassung wird auch von Parlamentariern anderer Fraktionen geteilt. Einigkeit besteht auch darin, dass man den Menschen am Ende des Lebens bessere medizinische und psychologische Begleitung zur Seite stellen muss. Daher sollen die Palliativmedizin und das Hospizwesen flächendeckend ausgebaut werden. Denn es ist bekannt, dass eine gute, professionelle palliative Begleitung den Menschen den Schmerz und auch die Ängste vor dem Sterbeprozess nehmen kann.



(Foto: picture alliance/dpa)





Aktuelles

Dies ist auch das Ergebnis einer fraktionsoffenen Sitzung der Unionsfraktion Ende September, in der Mediziner, Kirchenvertreter und Juristen ihre Erfahrungen und Überlegungen vorstellten. Dort berichtete der Palliativmediziner Thomas Sitte, dass er in 99 Prozent der Fälle den schwer kranken Patienten helfen könne. Die allermeisten rückten dann vom Wunsch nach Sterbehilfe ab. In der Unionsfraktion gibt es gleichwohl unterschiedliche Ansichten in einer weiteren Frage. So vertritt eine Gruppe die Auffassung, dass ein ärztlich assistierter Suizid im Ausnahmefall zugelassen werden sollte. Zahlreiche Abgeordnete lehnen dies aber strikt ab.

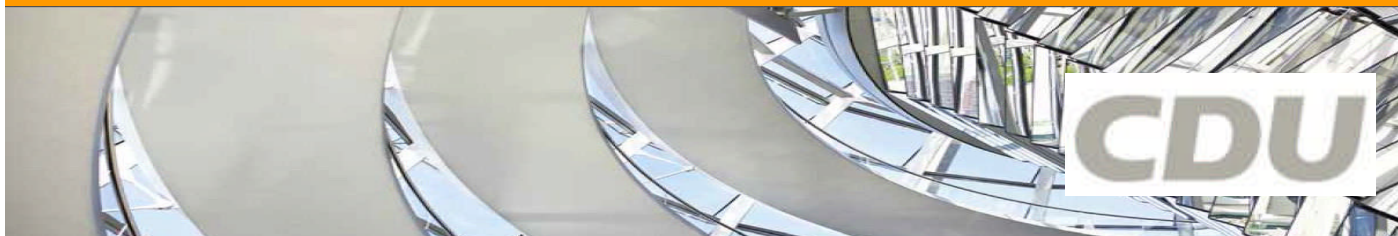
Weil die Entscheidung über ein Verbot so grundsätzlich und so schwierig ist, soll sie nicht entlang der Fraktionsgrenzen fallen. Wie in anderen ethischen Fragen auch werden sich im Bundestag fraktionsübergreifend Gruppen bilden, die ihre Anträge formulieren. Doch zunächst soll am kommenden Donnerstag eine mehrstündige Orientierungsdebatte geführt werden, in der Abgeordnete aller Fraktionen ihre persönliche Ansicht darstellen können. Für das Frühjahr ist dann eine Anhörung im Bundestag geplant. Mit einer endgültigen Entscheidung wird nicht vor Sommer 2015 gerechnet.



(Foto: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann)

Bundestag beschließt Elterngeld Plus

Über eine flexible Kombinationsmöglichkeit aus Elterngeld, Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus berieten die Abgeordneten an diesem Freitag entsprechend einem Regierungsentwurf zum Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen Eltern das Elterngeld Plus bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit doppelt so lange nutzen können wie das bisherige Elterngeld. Bislang ist eine Kombination aus Elterngeld und Teilzeit zwar auch schon möglich, der Lohn aus der Teilzeitbeschäftigung mindert jedoch die Höhe des ausgezahlten Elterngeldes, ohne dass sich deshalb die Bezugsdauer verlängert. Zudem soll ein Partnerschaftsbonus eingeführt werden. So soll sich die Bezugsdauer des Elterngeldes Plus um vier Monate für jeden Elternteil verlängern, wenn beide pro Woche 25 bis 30 Stunden arbeiten. Elterngeld, Elterngeld Plus und der Partnerschaftsbonus sollen sich zudem kombinieren lassen. Insgesamt soll die maximale Bezugsdauer des Elterngeldes Plus bei 28 Monaten liegen. Das bisherige Elterngeld kann maximal 14 Monate bezogen werden. Auch die Elternzeit soll flexibler gestaltet werden. So sollen Eltern wie bisher bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine unbezahlte Auszeit aus dem Berufsleben nehmen können. Zudem soll zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes eine Auszeit von bis zu 24 Monaten möglich sein. Diese 24 Monate sollen dann in drei statt wie bisher zwei Abschnitte aufgeteilt werden können.





Ticker

+++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++

Erster DRK-Hilfsflug gestartet

Gemeinsam mit Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und Jongopie Siaka Stevens, Botschafter Sierra Leones in Deutschland, hat Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe am 4. November auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld die Beladung des ersten DRK-Hilfsfluges nach Westafrika begleitet. Der Hilfsflug dient dem Aufbau eines Ebola-Behandlungszentrums, das das DRK unterstützt durch die Bundesregierung in Kenema (Sierra Leone) aufbaut.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe dazu: "Mit dem ersten DRK-Hilfsflug nimmt die massive Ausweitung der Hilfe für Westafrika weitere konkrete Formen an. Deutschland leistet mit dem Aufbau des Krankenhauses zur Behandlung von Ebola-Kranken dort Hilfe, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Ich danke dem Deutschen Roten Kreuz, das als kundiger Partner, unterstützt durch die Bundesregierung das Ebola-Behandlungszentrum in Sierra Leone aufbauen und betreiben wird. Das hilft der Bevölkerung in Sierra Leone und ist auch ein wichtiger Beitrag dazu, die weitere Ausbreitung der Epidemie einzudämmen. Mein besonderer Dank gilt den medizinischen Helferinnen und Helfern, die sich bereit erklärt haben, diesen Einsatz zu unterstützen und ohne die, dieser Einsatz nicht möglich wäre."

An Bord des ersten Hilfsfluges, der am späten Nachmittag vom Flughafen in Berlin-Schönefeld gestartet ist, befindet sich Material für das Behandlungszentrum. Insgesamt transportiert das Frachtflugzeug vom Typ McDonnell Douglas "MD-11" 25 Tonnen Hilfsgüter, darunter Behandlungszelte, Chlor zur Desinfektion, Stromgeneratoren und Klimaanlage.



(Foto: Im Laderaum des Frachtflugzeugs (v.l.n.r.): Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), Albrecht Broemme, DRK-Präsident Rudolf Seiters, Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, und der Botschafter des Staates Sierra Leone, Jongopie Siaka Stevens. *Quelle: DRK/Bilan*)





Aktuelles

Daten & Fakten

+++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++ Kampf gegen Ebola +++++

In Fortsetzung des Austauschs, der seit März zwischen dem Bund und den Bundesländern regelmäßig stattfindet, fand heute ein intensiver Informations- und Erfahrungsaustausch über den Stand der Maßnahmen zum Thema Ebola statt. Neben den Bundesressorts und dem Ebola-Beauftragten der Bundesregierung kamen Vertreter der Bundesländer und Hilfsorganisationen auf Einladung von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe im Bundesministerium für Gesundheit zusammen.

Durch diesen Austausch wird sichergestellt, dass alle für den Infektionsschutz zuständigen Stellen auf dem neuesten Stand sind und die notwendigen Vorbereitungen vor Ort getroffen werden können, Notfallabläufe vorbereitet sind und aktualisiert werden. Außerdem wurde über die aktuelle Lage in Westafrika berichtet und über den Umgang mit rückkehrenden Helfern gesprochen. Das Robert Koch Institut hat gemeinsam mit den Ländern, die für den Infektionsschutz vor Ort Sorge tragen, Empfehlungen zum Umgang mit Rückkehrern erarbeitet. Diese können als Orientierungshilfe für die jeweils zuständige örtliche Gesundheitsbehörde dienen, die gemäß dem Infektionsschutzgesetz nach Abwägung der Gefahrenlage im Einzelfall konkrete Maßnahmen trifft.

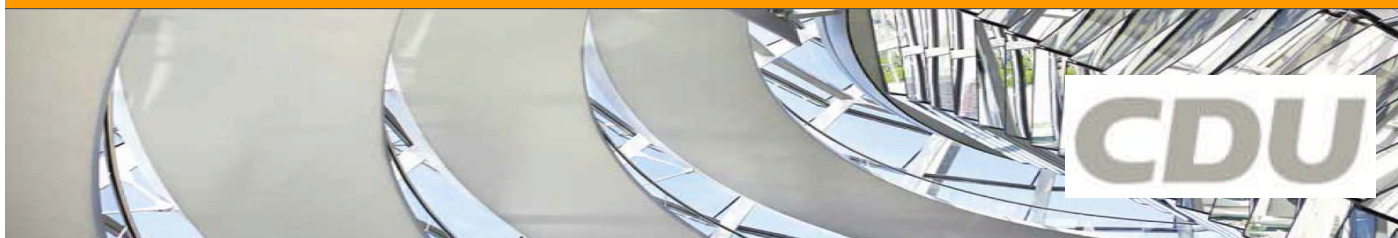
Mehrheit für Freihandelsabkommen

Jeder zweite Deutsche findet ein Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit den USA gut. Das hat eine aktuelle Emnid-Umfrage ergeben.

Fast jeder zweite Deutsche unterstützt das Handelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen Europa und den USA. Laut der Emnid-Umfrage für die Verbraucherschutz-Organisation Foodwatch halten 48 Prozent der Befragten das geplante Abkommen für eine gute Sache. Dagegen sind 32 Prozent. Ein Viertel der Bürger fordert einen Abbruch der Verhandlungen, die die Vertragsparteien 2016 abschließen wollen.

Die Einstellung zu TTIP hängt auch vom Einkommen ab. Wohlhabende Bürgerinnen und Bürger, die im Monat mehr als 3.500 Euro netto verdienen, sind zu 61 Prozent für das Abkommen. Bei Geringverdienern mit weniger als 1.000 Euro pro Monat sind es laut Emnid nur 37 Prozent.

Mit dem Handels- und Investitionsabkommen TTIP soll der größte Wirtschaftsraum der Welt entstehen - durch den Wegfall von Zöllen und Handelshemmnissen können viele neue Arbeitsplätze und mehr Wachstum entstehen.





Daten & Fakten

Niedrigste Oktober-Arbeitslosigkeit seit 1992

Im Oktober waren 2,733 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos – das ist der niedrigste Stand im Monat Oktober seit dem Jahr 1992 und die insgesamt niedrigste Arbeitslosenzahl seit drei Jahren. Mit 6,3 Prozent hat die Arbeitslosenquote ihren insgesamt niedrigsten Wert seit 1992 erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im September mit rund 42,99 Millionen um 155.000 höher als im Vormonat und um 381.000 höher als vor einem Jahr. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem guten Niveau: Im Oktober waren 517.000 offene Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet, 51.000 mehr als vor einem Jahr. Besonders gesucht sind zurzeit Arbeitskräfte in den Berufsfeldern Metall, Verkehr und Logistik, Mechatronik, Energie und Elektro, Verkauf, Maschinen- und Fahrzeugtechnik, Gesundheit sowie Hotel und Gastronomie.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Weniger arbeitslose Jugendliche in Europa

Die Jugendarbeitslosenquote lag im September in der Europäischen Union bei 21,6 Prozent und im Euroraum bei 23,3 Prozent. 2013 waren es noch 23,5 Prozent beziehungsweise 24 Prozent. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote insgesamt blieb unverändert bei 11,5 Prozent. Die Quote in Deutschland lag bei 7,6 Prozent.

Daten & Fakten

Handelsabkommen setzen auf Nachhaltigkeit

Internationale Handelsabkommen enthalten immer häufiger teils umfassende Umweltklauseln. Dies geht aus einem Papier der OECD hervor, das sich mit dem Umweltschutz in den Handelsabkommen der Mitgliedstaaten beschäftigt. Demnach stieg der Anteil der Vereinbarungen, in denen die Erhaltung umweltrechtlicher Standards garantiert wurde, von 11 Prozent vor dem Jahr 2007 auf 67 Prozent im Jahr 2012. Ebenfalls fast zwei Drittel der im Jahr 2012 abgeschlossenen Verträge enthielten sogar substanzielle Verbesserungen in Umweltfragen oder sagten eine Kooperation im Umweltschutz zu – vor 2007 waren dies gerade einmal 22 Prozent. Als einen Grund für diese Steigerung sieht die OECD unter anderem die erhöhte Bereitschaft der EU und der USA, solche Klauseln in die Abkommen aufzunehmen und die damit verbundene Vorbildfunktion für andere Staaten.

(Quelle: OECD)

Besuchen Sie mich jetzt
auch auf Facebook
www.facebook.com/widmannmauz

